Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274. Freitag, den 22. November 1918. 25. Jahrg.

Von unten auf.

Die Revolution hat die Sozialdemokratie zur regierenden Partei gemacht, und nun meinen die deutschen Bolschewiki, die Spartakusleute, die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland müßte im Handumdrehen zu einer sozialistischen umgewandelt werden. Es ist notwendig, überall dem politischen Aberglauben entgegenzutreten, als könnte man Wirtschaftsordnungen umstülpen wie einen Handschuh. Jeder, der von der Geschichte der Menschheit etwas weiß und sie nach der Lehre von Karl Marx zu verstehen sucht, weiß auch, daß Wirtschaftsordnungen

im Laufe allmählicher Entwicklungen

entstehen und vergehen. Als der Kapitalismus entstand, hat es durchaus keine Leute gegeben, die da sagten: „So, nun wollen wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung machen!", sondern diese Ordnung ist geworden, ohne daß die, die an ihrem Werden mitwirkten, sich dessen bewußt wurden.

Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen ist die erste, die von dem Bewußtsein der Menschen klar erfaßt worden ist.

Die sozialistische Ordnung wird nicht nur, sondern wir Menschen wissen, daß sie wird und versuchen nach besten Kräften ihr Werden zu vollenden.

Kein sozialdemokratisch aufgeklärter Arbeiter wird aber glauben, es genüge, den Sozialismus zu proklamieren und er sei da. Wir können, wenn wir überlegt vorgehen, die Entwicklung zum Sozialismus bedeutend abkürzen, wir können aber den Sozialismus nicht wie eine neue Staatsverfassung einführen, weil er etwas ganz anderes, etwas viel feiner Organisiertes ist. Eine

Gewaltkur müßte die fürchterlichsten Folgen haben,

das kann für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft sein, auch wenn ihm noch nicht der schlagende Beweis von Rußland zur Verfügung stände.

Kein Mensch wird, wenn er nierenkrank ist, zu einem Schlachtermeister gehen und sich von diesem mit dessen Werkzeugen seine kranke Niere herausschneiden lassen. Jeder weiß, daß solche Operationen, bei denen es auf Leben und Tod geht, nur von einem tüchtigen Spezialarzt gemacht werden können, der die Lagerung jedes Organs des kranken Körpers genau kennt, der weiß, wie er den Schnitt zu führen hat, wie man blutende Adern unterbindet usw. Nicht minder fein organisiert und empfindlich ist aber unser Wirtschaftskörper, und wer unvorsichtig operiert, kann leicht bewirken, daß er durch Entblutung zugrunde geht. Es könnte dann im großen so lauten, wie es die alte Anekdote im kleinen sein läßt: „Operation glücklich verlaufen. Patient tot."

Darauf wollen wir uns also nicht einlassen, sondern bei jeder sozialwirtschaftlichen Maßnahme werden wir uns fragen, welche Folgen für das Volkswohl sie haben wird und ob sie gerade jetzt angebracht ist.

Um an die

Sozialisierung der Gesellschaft

heranzugehen, ist aber zu allernächst eins notwendig: Eine Volksmehrheit, die sich mit diesem allmählich und planmäßig auszuführenden Unternehmen einverstanden erklärt. Ohne sie hätte das neue Haus keinen festen Grund. Ehe wir darangehen, grundstürzende sozialistische Reformen durchzuführen, müssen wir die konstituierende Versammlung, den allgemeinen deutschen Volksrat, hören und seine Zustimmung für unser Unternehmen gewinnen. Unsere Aufgabe als Partei ist also jetzt, uns auf die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vorzubereiten und alles darauf anzulegen, daß wir dort die Mehrheit gewinnen.

Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung werden hoffentlich nur noch einige Wochen vergehen. In dieser Zeit lassen sich grundstürzende sozialistische Reformen überhaupt nicht durchführen. Erhält die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit, so wird sie die von der Reichsleitung getroffenen sozialistischen Maßnahmen wieder rückgängig machen. Schon darum ist es besser, keinen Sprung zu machen, sondern

hübsch Schritt für Schritt vorzugehen.

An Aufgaben fehlt es der Regierung inzwischen keineswegs. Sie muß die Volksernährung nach Kräften sichern, die Demobilmachung ordnen und mit den bisherigen Gegnern einen Frieden schließen, so gut wie er noch zu haben ist. Das ist für ein Vierteljahr Arbeit genug. Wird sie so ausgeführt, daß das Volk damit zufrieden sein kann, so ist eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung gewiß, und damit wird die feste Grundlage gegeben sein, auf der man weiter bauen kann.

Es heißt also, nicht das Pferd beim Schweif aufzäumen und nicht den Hausbau beim Dach beginnen, sondern es heißt, von unten auf arbeiten, jetzt das zur Erhaltung des dem Volke Notwendigsten zu tun und dem Volke selbst in freier Abstimmung das Entscheidungsrecht über seine Zukunft zu geben. So muß eins nach dem andern kommen. Jeder Versuch, entscheidende Stufen zu überspringen, müßte zum Unglück geraten.

„Der Gewalt weder Frieden noch Brot."

Vor allem anderen und über allem anderen braucht das deutsche Volk Frieden. Das war die Erkenntnis, die seit langem beim deutschen Volke feststand. Erhalten können wir den Frieden nur, wenn ihn uns die siegreiche Entente gewähren will. Irgendein Gewaltmittel, ihn zu erzwingen, haben wir nicht.

Nun hat die Entente, nun hat vor allem Präsident Wilson wiederholt und unzweideutig ausgesprochen, daß sie nur mit einem Deutschland Frieden schließen würden, welches eine geordnete demokratische Verfassung hat, in dem die höchste Entscheidung in der Hand einer vom ganzen Volke gewählten Volksvertretung liegt. Das Wort des Obersten House, des besonderen Vertrauensmanns Wilsons für Europa: „Einer Gewaltherrschaft geben wir weder Frieden noch Brot!" ist so unzweideutig, daß es für Zweifel und Ausflüchte keinen Raum mehr läßt.

Wenn alle Meldungen über diese Haltung der siegreichen Gegner in manchen Arbeiterkreisen noch nicht den Eindruck gemacht haben, den sie machen müßten, so liegt das wohl daran, daß man ihnen nicht glaubt. In der jüngsten Zirkus-Busch-Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat der Vorsitzende des Vollzugsrats, Genosse Richard Müller ausdrücklich gesagt, er halte alle diese Meldungen für eine Erfindung der kapitalistischen Presse.

Nun liegt die erste Tatsache vor, die über alles Mißtrauen gegen Pressemeldungen hinaus beweist, daß tatsächlich die Entente mit einer von den Arbeiter- und Soldatenräten allein eingesetzten Regierung nicht verhandeln würde. Für die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zur See hatten die Matrosen eine Kommission bestimmt, der sie einige höhere Seeoffiziere als technische Sachverständige beigegeben hatten. Der oberste Flottenchef der Entente, Admiral Beatty, hat jedoch mit den Vertretern der Matrosenräte überhaupt nicht verhandelt und mit dem deutschen Admiral erst dann, als dieser eine unbegrenzte Vollmacht der Reichsregierung aufwies. Offenbar handelt Beatty dabei nicht auf eigene Faust, sondern gemäß den Beschlüssen aller Ententeregierungen. Dazu kommt jetzt die Nachricht, daß die von den Vereinigten Staaten für Deutschland in Aussicht gestellten Lebensmittelsendungen zunächst in Rotterdam und Kopenhagen zurückgehalten werden sollen, da die amerikanische Regierung abwarten will, ob in Deutschland die von ihr als notwendig angesehene Gewähr für eine freiheitliche Verfassung und ordnungsmäßige Verteilung erfüllt wird.

Diese Fälle beweisen klar genug, daß, mag man auch wie wir das Eingreifen Wilsons in unsere inneren Verhältnisse verurteilen, der Weg zum Frieden und zu den Lebensmittellieferungen nur über die konstituierende Nationalversammlung geht. Wer sie verwirft, macht auch den Frieden und die Ernährung des deutschen Volkes unmöglich. Nur wirklichkeitsfremder Starrsinn kann sich noch dieser Tatsache verschließen.

Der Waffenstillstand.

Eine neue deutsche Note.

Den gegnerischen Regierungen wurde durch Vermittlung der schweizerischen und holländischen Regierung folgende Note übermittelt:

Der deutsche Bevollmächtigte bei der Waffenstillstandskommission in Spaa übergab am 16. November folgende Note an die gegnerischen Vertreter:

Im Auftrage der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklichst hinzuweisen: Bei der Aufgabe der jetzt besetzten Strecken werden die dort eingesetzten Lokomotiven übergeben. Im ganzen handelt es sich dabei um rund 3000 Lokomotiven. Die Zurückführung der übrigen etwa 2000 Lokomotiven würde einen Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnbetriebes und damit eine schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Hungerrevolten mit ihren unausbleiblichen Folgen wären zu erwarten, außerdem würde infolge der Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Durchführung bestimmter Waffenstillstandsbedingungen, z. B. die Gefangenenablieferung, unmöglich sein. An Eisenbahnwagen werden voraussichtlich etwa 100 000 Wagen im besetzten Gebiet zurückgelassen. Die Zurückführung des Restes Wagen an Deutschland stößt bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Behebung nicht abzusehen ist. Hierauf erwiderte Marschall Foch durch folgenden Funkspruch: Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt eine Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von Lokomotiven und 150 000 Wagen. Die Frist kann nicht geändert werden. Ich stelle nur anheim, neue Lieferungsstaffeln vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.

Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, die bei strikter Durchführung der Bestimmungen des Art. 7 der Waffenstillstandskonvention drohen, und bittet dringend, eine Milderung der Bestimmungen herbeizuführen.

Gez. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die Auslieferung der U-Boote.

Admiral Tyrwhitt hat an Bord seines Flaggschiffes 30 Meilen von Harwich gestern früh bei Tagesanbruch die Auslieferung der ersten 20 deutschen U-Boote entgegengenommen. Die U-Boote gingen unter ihrer eigenen Bemannung nach Harwich.

Einzelheiten des Waffenstillstandsvertrages.

Ueber eine Reihe von strittigen Fragen im Waffenstillstandsabkommen wurde durch eine ständige Kommission in Spaa die **Uebereinstimmung mit Marschall Foch** herbeigeführt. Die wichtigsten Punkte sind: In **Elsaß-Lothringen** können alle demobil gemachten Personen, einschließlich der Offiziere, die bereits dort sind oder dorthin entlassen werden, verbleiben oder dorthin zurückkehren. Für die **besetzten Gebiete auf dem linken Rheinufer** gilt, daß alle demobil gemachten Personen einschließlich der Offiziere dort verbleiben oder zurückkehren können, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten. Ueber die Art der Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiet ist noch nichts verfügt. Dagegen besteht vollkommene Uebereinstimmung, daß die **deutsche Verwaltung im linksrheinischen Gebiet während der Zeit der Besetzung bestehen bleibt.** Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit ist gewährleistet.

Entgegen einigen zutage getretenen Ansichten ist festzustellen, daß alle Verbesserungen, die die Waffenstillstandskommission vor Abschluß des Waffenstillstandes erreichte, voll aufrechterhalten bleiben; weitere Milderungen wurden jedoch nicht erreicht.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Die Härte der Bedingungen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat einen neuen Protest an Marschall Foch gerichtet, wegen der Härte der Waffenstillstandsbedingungen.

Nicht beantwortete Friedensangebote Wilsons.

Der bayerische Finanzminister Professor Dr. Jaffé ermächtigt den Münchner Vertreter des „Berliner Tageblattes" zu erklären, daß er persönlich **im Spätherbst 1917** ein von den Genfer Vertrauensmännern des Präsidenten Wilson ihm übergebenes **Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten** in die Hände des Staatssekretärs von dem Bussche weitergeleitet habe. Dieser habe sich damals ihm gegenüber verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kühlmann weiterzugeben. Einige Wochen später sei ein entsprechendes **Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn** in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote sei trotz mehrfacher Anfragen der mit der Uebermittelung vertrauten Personen **weder von Deutschland noch von Oesterreich-Ungarn eine Antwort** erfolgt.

Wir sind der Meinung, daß möglichst bald ein Staatsgerichtshof eingesetzt werden muß, der diese ganze Angelegenheit prüft und die Schuldigen an der unnötigen Fortsetzung des Blutvergießens zur Rechenschaft zieht.

An die heimkehrenden Soldaten!

WTB. Berlin, 21. November. (Amtlich.)

Kameraden! Die Deutsche Republik heißt Euch von Herzen willkommen in Eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem Ihr nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll Gewalthaber Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben Euch schweigen und sterben mußten. Heute kommt Ihr ins eigene Land zurück, in dem künftighin niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat, als das Volk selbst, in das Ihr Euch nun wieder eingliedert. Die Revolution hat den Bann gebrochen. Ihr und wir, Deutsche, sind frei. Unsere sozialistische Republik soll als freieste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die Euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich Euer Besitz und Erbe werden, in dem Euch nach unserm Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll. Die Reichsregierung, die das Vertrauen Eurer Kameraden und der Arbeiter berufen, hat und trägt, will Euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: Alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz! **Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen.** Ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln und an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung. Helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit und solidarisches Handeln. Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was Ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt, den Frieden!

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Bürgerkriege!

An der verlöschenden Flamme des Völkermordens hat sich die Fackel des Bürgerkrieges entzündet. Zwischen Ruthenen und Polen, zwischen Tschechen und Magyaren, zwischen Magyaren und Slowaken und auch im Inneren der Ukraine wüten blutige Kämpfe. Die Parole der Entente: Selbstbestimmung der kleinen Nationen hat die nationalen Leidenschaften und das rascher pulsende Blut dieser Völker aufgewühlt und in ihnen den Wunsch wach gemacht, die Friedenskonferenz vor fertige Tatsachen zu stellen und die Umrisse dieser Staaten schon vorher zu fixieren. In den gewaltigen Ruinen des Weltkrieges werden nun noch das Elend und die Trümmermasse des Bürgerkrieges gefügt. Die Entente ist nicht ohne Verantwortung für dieses Blutvergießen. Sie hat jetzt die Pflicht, durch ein Machtwort der ungezügelten Leidenschaft dieser Nationen Einhalt zu tun und die Minderheiten der umstrittenen Gebiete vor Elend, Hunger und Terror zu bewahren.

Leider scheint auch im deutschen Osten die polnische Bewegung eine Situation zu schaffen, die den inneren Frieden des Reiches stark gefährdet. Von Danzig bis nach Kattowitz haben sich eine Reihe polnischer Behörden bereits gebildet, und man kann sich dem Argwohn nicht verschließen, daß diese Organisationen nicht den ausschließlichen Zweck verfolgen, im Rahmen des Reiches für die Aufrechterhaltung der Ordnung in denen Gebieten zu sorgen. Im Kriegsministerium ist am Montag eine Deputation des A.- und S.-Rates aus Posen gewesen und hat über die Lage im Osten Bericht erstattet. In seiner Antwort erklärte der Unterstaatssekretär Joehre, daß die Reichsregierung daran festhalte, daß die polnische Frage allein auf dem Friedenskongreß eine alle Teile befriedigende Lösung finden könne. Inzwischen müsse alles getan werden, daß innerhalb der bisherigen Grenzen für alle Bewohner Sicherheit und Schutz des Lebens und Eigentums verbürgt werden.

*

In Galizien ist zwischen den kämpfenden Polen und Ukrainern ein 48stündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden.

In Siebenbürgen sind rumänische Truppen eingefallen.

Der ungarische Nationalrat hat Truppen nach Oberungarn gesandt, um die tschechischen Eindringlinge herauszuwerfen. Es ist zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, bei denen es viele Tote und Verwundete gab.

Gegen den serbischen Einmarsch in Ungarn protestiert Ungarn bei der Entente.

Ueber 600 Milliarden Mark Kriegskosten.

Aus Washington wird gemeldet: Der Finanzrat der Vereinigten Staaten hat die Kosten des Weltkrieges für alle Kriegführenden bis zum vorigen Mai auf insgesamt 175 Milliarden Dollar veranschlagt. Es wird weiter festgestellt, daß die Gesamtsumme bis Ende dieses Jahres voraussichtlich etwa 200 Milliarden betragen wird. Von dieser Totalsumme sind etwa 150 Milliarden Dollar durch Kriegsanleihen der verschiedenen Staaten gedeckt.

Der Rückmarsch.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa meldet, vermehren sich infolge des aufgezwungenen übereilten Rückzuges die Marschschwierigkeiten des deutschen Heeres trotz bisher günstigen Wetters. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfristen einlassen zu wollen. **Die Katastrophe, das heißt Auflösung des Heeres, zügelloses Zurückströmen unter Plünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind, können jeden Tag eintreten, namentlich, wenn schlechtes Wetter kommt.**

Die „Baseler Nachrichten" melden: Wie wir zuverlässig erfahren, hat sich die Leerung des Oberelsaß von deutschen Truppen in der Hauptsache vollzogen. Die Truppen der Entente rücken stufenweise mit einem Abstand von 15 Kilometern nach und haben bereits die Rheingrenze erreicht, so daß die Gefahr einer Schweizer Grenzüberschreitugg nicht mehr vorliegt.

Entlassung von Heimaturlaubern.

Amtlich wird gemeldet: Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst behelfsmäßig zu entlassen. Sie erwirken sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsschein.

Die gesetzlichen Versorgungs- und Entlassungsansprüche dieser behelfsmäßig in ihren Urlaubsort Entlassenen werden später durch die Bezirkskommandos und Meldeämter geregelt.

Urlauber, die sich vor dem 30. November bei ihrer Ersatzformation melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen.

Urlauber der Jahrgänge 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Ersatzformation, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

Der Kriegsminister: Schenck. Der Unterstaatssekretär: Gohre.

Der Völkerbund.

Nach der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet „Daily Telegraph" aus Neuyork: Präsident Wilson wünscht, daß der Völkerbund nicht erst nach Friedensschluß als eine Art akademischer Kombination von Völkern gebildet wird, sondern als eine lebendige Organisation von Völkern, die sich durch wechselseitige Uebereinkunft zur Verhütung von Kriegen verpflichten. In einigen amerikanischen Kreisen wird verlangt, daß zu diesen Besprechungen auch Neutrale hinzugezogen werden. Wilson ist davon überzeugt, daß die den Völkerbund betreffenden Einzelheiten von den Delegationen auf der Friedenskonferenz ausgearbeitet werden können, sobald die allgemeinen Grundsätze angenommen sind. Wilson wird bei seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten den Amerikanern die Grundsätze einer Weltorganisation, in der die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle spielen werden, vorlegen.

Die englischen Verluste im Weltkrieg.

Der englische Unterstaatssekretär des Krieges Macpherson hat im Unterhaus mitgeteilt, daß die militärischen Verluste — die Streitkräfte der Dominien und Indiens mitgerechnet, dagegen die Verluste der Luftstreitkräfte ausgeschlossen — bis zum 10. Oktober 1918 an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen **3 049 991 Mann** betragen.

Die Verluste verteilen sich wie folgt: In Frankreich fielen 32 769 Offiziere und 526 843 Mann. Die Gesamtverluste betrugen dort 126 756 Offiziere und 2 502 895 Mann. In Italien wurden 86 Offiziere und 941 Mann getötet. Der Gesamtverlust betrug dort 458 Offiziere und 6280 Mann. An den Dardanellen betrug die Anzahl der Toten 1785 Offiziere und 37 737 Mann, die Gesamtverluste 5053 Offiziere und 114 676 Mann. Bei Saloniki fielen 285 Offiziere und 7330 Mann. Die Gesamtverluste betrugen 1217 Offiziere und 26 101 Mann. In Mesopotamien fielen 1340 Offiziere und 29 760 Mann, die Totalverluste betrugen 4335 Offiziere und 93 244 Mann. In Aegypten wurden getötet 1098 Offiziere und 14 794 Mann, insgesamt 3592 Offiziere und 54 261 Mann. In Ostafrika wurden getötet 380 Offiziere und 8724 Mann. Die Gesamtverluste betrugen 1896 Offiziere und 16 929 Mann. An den übrigen Fronten wurden 133 Offiziere und 690 Mann getötet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Soziale Amnestie.

Die Reichsregierung hat sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit einer Reihe praktischer Fragen beschäftigt, die das politische Ergebnis der Revolution weiter entwickeln zund sicherstellen sollen. Auf wirtschaftlichem wie auf allgemein-politischem Gebiet bereitet sich positive Maßnahmen vor. Zunächst wird in vollkommener Uebereinstimmung mit den Ressortvertretern der preußischen und Reichsjustiz ein neuer, großzügiger Amnestieerlaß für Verbrechen und Vergehen von Zivilpersonen und Soldaten den Sieg der Freiheit dokumentieren. Es soll sich nicht nur um einen Straferlaß für kleinere Vergehen handeln sondern es soll auch im Sinne moderner, sozialistischer Gerechtigkeits- und Erziehungsauffassung denjenigen, die sich schwer gegen ihre Mitmenschen vergangen hatten, die Möglichkeit gegeben werden, von weiterer Strafe frei zu bleiben, wenn sie fortan das soziale Zusammenleben nicht durch neue Verbrechen gefährden. Damit wird selbst den schweren Verbrechern, die in den Revolutionstagen freigelassen wurden, die Möglichkeit weiterer Freiheit gelassen; sie sollen erst dann wieder zur Strafe herangezogen werden, wenn sie sich in einem bestimmten Zeitraum erneut gegen die notwendigen Sicherungen sozialer Gemeinschaft vergehen.

Wie es kam.

In einem Artikel des „B. T.": „Wie es kam" führt Kapitän zur See a. D. Persius aus: Alle die Hoffnungsfrohen, die von den U-Booten Englands Niederzwingung in kurzer Frist erwarteten, waren durch die Lüge blind gemacht. Der Bluff feierte vornehmlich unter v. Tirpitz und Capelle Orgien. Die Ahnungslosen wußten nicht, daß von unserer Hochseeflotte seit einem Jahr nur noch in beschränktem Umfange gesprochen werden konnte und daß nennenswerte U-Boot-Kräfte nur im Munde der Leiter unserer Flotte, niemals jedoch in Wirklichkeit uns zur Verfügung standen. Sie wußten nicht, daß das auch in der deutschen Kriegsmarine zum Ueberfluß herrschende preußische System längst dem Tode verfallen war, und daß die prächtigen Matrosen und Heizer durch falsche Behandlung und anderes mehr schließlich zur Verzweiflung gebracht werden mußten. In dem Artikel heißt es an anderer Stelle: Vor dem Skagerrak behütete unsere Flotte die geschickte Führung von Scheer und die ungeschickte Führung der englischen Flotte von Jellicoe sowie unsichtiges Wetter vor einem bösen Schicksal. Wäre klares Wetter gewesen, so hätten die viel weiter tragenden britischen Geschütze unsere Schiffe in Grund und Boden geschossen. Am Schluß des Artikels wird ausgeführt, daß die Matrosen durch ihre Weigerung, mit der unterlegenen Flotte auszufahren, dem deutschen Volke einen unschätzbaren Dienst geleistet hätten.

Die Verpflegung der Heimkehrenden.

Das Reichsernährungsamt teilt mit: Die Ernährung der aus den besetzten Gebieten zurückkehrenden Militär- und Zivilpersonen ist durch die zuständigen Behörden für die Zugstrecken bis zu den Bestimmungsorten der Reisenden vollkommen geregelt. Der stellvertretende Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege hat seine Territorialdelegierten, das Zentralkomitee vom Roten Kreuz und die ihm nachgeordneten Vereinigungen angewiesen, die Tätigkeit an den zu Beginn des Krieges eingerichteten Erfrischungsstellen in Verbindung mit den Linienkommandanturen, den Korpsintendanturen und kommunalen Behörden mit allen Mitteln wieder aufzunehmen und noch weiter auszubauen. So wird sich — wie in den ersten Kriegsjahren — über ganz Deutschland ein Hilfsnetz erstrecken, durch das die Verabreichung warmer Kost und erwärmender Getränke gewährleistet ist.

Mahnung zur Ruhe.

Gegen die „Leipziger Volkszeitung", die in bolschewistischem Ueberschwang auch schon Haase und Dittmann, Ströbel und Ad. Hoffmann als Gegenrevolutionäre und Sozialverräter abtun möchte, wendet sich die „Freiheit" mit folgenden besänftigenden Worten:

Wir stimmen der „Leipziger Volkszeitung" durchaus bei, daß man jetzt ohne Konzessionen an das Bürgertum zu machen, arbeiten muß für die Durchführung der Revolution. Wir zweifeln aber, ob diese Arbeit gefördert wird durch aufgeregte Artikel, in denen ohne genauere Kenntnis der Verhältnisse drohende Ultimata aufgestellt werden. Unsere Genossen in der Regierung und im Vollzugsausschuß sind verantwortlich dafür, daß die Ziele der Revolution nicht in das Gegenteil verkehrt werden. Aber wir sind nicht minder verantwortlich dafür, daß der Boden, auf dem allein die Stärke unserer Genossen in der Regierung ruhen kann, nicht unterhöhlt werde durch Uebertreibungen und unüberlegte Drohungen.

Hoffentlich gelingt es nun auch den Unabhängigen, eine einheitliche Operationslinie herzustellen. Angesichts der bürgerlichen Sammlung, die sich eiligst vollzieht, sind Streitigkeiten in der Arbeiterklasse einfach Selbstmordpolitik. Diejenigen, die sich um die Sicherung der revolutionären Errungenschaften so besorgt zeigen, sollten doch eigentlich die ersten sein, zu begriffen, daß Uneinigkeit das sicherste Mittel ist, das Errungene wieder zu verlieren.

Antisemitische Konterrevolution.

Das durch die Revolution der Regierungsallmacht beraubte feudale bayerische Zentrum hat zuerst als Banner der Gegenrevolution den Antisemitismus erkoren. „Wir brauchen keinen bayerischen Trotzki", hieß es in einer dieser Zentrumserklärungen gegen die bayerische Volksregierung unter Eisners Vorsitz. Jetzt nimmt auch das Berliner Zentrumsblatt, „Germania", diese antisemitische Hetze auf. Sie fordert, daß angesichts des immerwährenden Terrors der jüdisch-russischen Bolschewisten die neue deutsche Volksregierung die Juden wenn nicht ganz ausschalte, so doch möglichst zurückdränge und die Katholiken heranziehe. Sie verlangt Auskunft über die Frage, warum die neue Regierung „auf die Heranziehung jüdischer Volkskommissare oder wie die Machthaber und Behörden sich sonst nennen mögen, das größte Gewicht legt, aber Katholiken von den Staatsgeschäften fernzuhalten scheint."

Wenn der Reaktion nichts Gescheiteres einfällt, kann sie uns leid tun. Die Sozialdemokratie fragt ihre Mitglieder nicht nach dem Glaubensbekenntnis. Wir vermögen deshalb nicht einmal anzugeben, welche Mitglieder der Reichsregierung oder der bayerischen Regierung als Katholiken getauft worden sind. Aber von einer Ausschaltung der Katholiken zu reden bei einer Regierung, die Herrn Spahn als Justizminister und vor allem Herrn Erzberger als Staatssekretär im Friedensbureau behält, ist doch ein starkes Stück. Die deutsche Arbeiterklasse ist gewiß nicht schuld daran, wenn das Zentrum nur wenige Mitglieder aufzuweisen hat, die im neuen Deutschland mit einigem Anstand als leitende Männer auftreten können. Man braucht bloß die Kritik, welche die christlichen Gewerkschaften selbst an der Zentrumspolitik der letzten Jahre geübt haben, zu Rate zu ziehen, um zu wissen, warum das Zentrum sich selbst von der Durchführung und den Errungenschaften der Revolution ausgeschaltet hat.

Kleine Nachrichten.

Die deutschen Generalkonsulate in Petersburg und Moskau sind abgesetzt und die dort tätig gewesenen Beamten interniert worden. Nähere authentische Mitteilungen sind abzuwarten, ehe man dazu Stellung nehmen kann.

Der A.- und S.-Rat in Posen teilt mit, daß alle Gerüchte über das Anrücken polnischer Formationen unwahr sind.

In Deutsch-Oesterreich sind die Gegenrevolutionäre an der Arbeit, um das alte Regime wieder herzustellen. Selbstredend wird ihnen das Handwerk gelegt werden.

In der Ukraine hat sich der national-ukrainische Führer Fotljura gegen die ukrainische Regierung erhoben und mit Hilfe von nationalistisch-ukrainischen Schützenabteilungen Rjoleja, Zorkow und Borditschew besetzt.

Das „Echo de Paris" meldet: Die alliierten Regierungen haben beschlossen, bei der holländischen Regierung amtlich zu protestieren wegen der Verletzung der Neutralität dadurch, daß Holland den deutschen Truppen den Durchgang durch Limburg gestattete. Die „Rotterdamsche Courant" bemerkt dazu: Die holländische Regierung hat den Truppen den Durchgang nicht erlaubt, sie hat lediglich bewaffnete deutsche Soldaten auf dem kürzesten Weg nach der Heimat befördert.

Rußland.

Ein Ultimatum der Entente? Die „Morning Post" meldet, daß ein Ultimatum der Alliierten an die Bolschewiki-Regierung in Moskau unmittelbar bevorstehe.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 22. November.

Taten wollen wir sehen!

Nicht nur Taten der neuen wirklichen Volksregierung. Diese beginnt mit durchgreifenden Umgestaltungen. Sie gibt uns urkundlich bekannt, daß sie nicht nur wahr machen will, sondern daß sie es wahrmacht, was sie dem Volke versprochen hat: Freiheit des Wortes, Freiheit des Denkens, Aufhebung der Gesindeordnungen, Einführung des Achtstundentages, Fürsorge für alle Siechen, Kranken, Arbeitslosen. Das Wahlrecht erhalten alle 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts. Das sind Taten.

„Nun sind Sie am Regiment; gebrauchen Sie es besser als das alte System, das so morsch ist, daß es sich gar nicht wehrt. Ich weiß, Sie sind für alles Gute . . . .", schreibt ein Professor der Theologie an einen unserer führenden Genossen in Harburg.

Die Sozialdemokratie ist für alles Gute! Millionen Beamte, Gewerbetreibende, Arbeiter und Arbeiterinnen wußten das längst. Viele Hunderttausende erkannten das an durch ihre Mitgliedschaft bei der Partei. Aber Millionen, die wohl der Partei ihre Stimme gaben, die unsere Forderungen an den Staat als gerecht erkannt haben, — Millionen standen abseits der Organisationen. Und von diesen Millionen verlangen wir Taten. **Nur starke Organisationen verbürgen die Errungenschaften des Umsturzes der alten Anordnung**, starke Organisationen verbürgen das Wetterbestehen des Errungenen. Wer da abseits stand von der politischen Organisation,

der schließe sich sofort

der alten Sozialdemokratischen Partei an.

Männer und Frauen

müssen sich politisch organisieren.

Aber nicht nur in der Partei. Auch die

Gewerkschaft

verlangt ihr Recht. Die Gewerkschaften sind von den Arbeitgebern als die Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt worden. Hinweg mit aller Rechnungsträgerei, weg mit aller Feigheit, aller Drückebergerei! Es darf nicht mehr sein, daß man wohl miterntet, wo man nicht mitgesäet hat.

Jeder Mann, jede Frau, alles was da arbeitet, muß sich dem Verband anschließen. Millionenheere müssen es sein, die durch Organisationszugehörigkeit bekunden, daß sie dem Errungenen Bestand, Dauer geben wollen, daß sie mitarbeiten, mitbauen wollen an einer besseren Zukunft unseres gesamten Volkes.

Aber eine weitere Pflicht ist auch noch zu erfüllen. Mitglied der Partei und Gewerkschaft und die Arbeiterpresse lesen, das sind unzertrennliche Dinge. Nur der ist erst vollwertiges Glied der Arbeiterbewegung, wenn er außer der Zugehörigkeit zum Sozialdemokratischen Verein und zur Gewerkschaft auch den

„Lübecker Volksboten"

Zur Heimkehr unserer Krieger!

Die Nachrichten- und Presseabteilung des Hamburger A.- und S.-Rats schreibt:

Nach Meldungen aus dem Rheinland und Westfalen haben die meisten Städte, durch die unsere Truppen nach begonnener Demobilisation auf dem Wege nach ihrer Heimat ziehen müssen, Flaggenschmuck angelegt, und Tannengrün begrüßt die Krieger, die vier Jahre unsere Grenzen gegen die Uebermacht der verbündeten Feinde schützten. Sollten wir hier in der Heimat unsere Soldaten sang- und klanglos einziehen lassen, ihnen auch nicht den geringsten Willkommensgruß bieten?

Ernst ist zwar die augenblickliche Zeit, zu einer Siegesstimmung und Siegerfeier liegt keine Veranlassung vor, aber die Dankbarkeit gegen unsere braven Feldgrauen und wackeren Marinemannschaften, die jetzt den heimatlichen Boden wieder betreten, sowie die Freude, die so lange von der Heimat fern gehaltenen unter uns wieder begrüßen zu dürfen, darf keineswegs trübe Stimmung aufkommen lassen.

Tragen also auch wir nach Möglichkeit dazu bei, den zurückkehrenden Kriegern die lang ersehnte Heimkehr zu einer freudigen

zu gestalten, zeigen wir das auch äußerlich dadurch, daß wir am Bahnhof durch Tannenschmuck, Flaggen und Plakate mit Willkommengrüßen ein sichtbares Zeichen unserer Freude anbringen, schmücken wir aber auch unsere Häuser und die Straßen. Wir wollen unsere Dankbarkeit vor allen Dingen aber dadurch zeigen, daß wir die soziale Lage der heimkehrenden Krieger so günstig als möglich gestalten, für ihre Verpflegung und Unterkunft nach Kräften sorgen und ihnen Arbeit und Verdienst schaffen.

Dieser Aufruf des Hamburger A.- und S.-Rats erscheint uns auch für Lübeck sehr angebracht und zweckmäßig zu sein. Auch wir haben alle Ursache, den nach unsagbaren Leiden und Strapazen Heimkehrenden den freudigsten Willkommengruß zu bieten.

Die Engländer in Lübeck.

Die deutschen Vorschläge über die Rückbeförderung der englischen Gefangenen besagen nach einer Reutermeldung u. a.: In Deutschland befinden sich östlich des Rheins ungefähr 100 000 Mann. Von diesen werden 4500 aus Süddeutschland nach der Schweiz gesandt. Der Rest soll nach folgenden Häfen gesandt werden: Königsberg 1000, Danzig 750, Stettin 16 300, Lübeck 9400, Hamburg 13 000, Bremerhaven 9000, Rotterdam 46 000. Nach Stralsund sollen 870 Offiziere gesandt werden. Nach diesen obengenannten Häfen müssen Nahrungsmittel unter Kontrolle der Alliierten und des neutralen Roten Kreuzes gesandt werden. Die Gesamtzahl der Gefangenen der alliierten Mächte, die nach diesen Häfen gebracht werden soll, beträgt mehr als 570 000 Mann. Die Deutschen wollen auch 1 200 000 Russen auf demselben Wege transportieren, aber man hört, daß Marschall Foch darauf besteht, daß diese Russen über die Ostgrenze zurückgesandt werden.

Der Leiter des Lübecker Arbeitsamtes. Der Senat hat den Oberbeamten beim Stadt- und Landamt Rat Dr jur. Hermann Link zum leitenden Fachbeamten des Arbeitsamts ernannt.

Ein ganz plumper Schwindel. Unter dem Titel „Aufruf zur Bekämpfung und Ausmerzung der Soldaten und Arbeiterräte" wurde in den letzten Tagen in hiesigen Kreisen eine Flugschrift verbreitet, worin zur Gegenrevolution aufgefordert wurde. Die Flugschrift ist mit „Verein zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, gez. Lenz" unterzeichnet. Die Sache ist derart plump eingefädelt, daß man kaum annehmen sollte, es könnte ein vernünftiger Mensch auf diesen Schwindel hereinfallen. Immerhin sei hiermit zur Beruhigung nervöser Kreise bestimmt erklärt, daß die „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen" in Lübeck, Parade 1, und deren Angestellte nichts mit der Flugschrift zu tun haben. Es besteht der dringende Verdacht, daß ein von der Zentralstelle schon seit längerer Zeit verfolgter Schwindler der Täter ist. Um diesen ruchlosen Verbrecher überführen zu können, ist es erforderlich, daß sich alle Empfänger der Flugschrift sofort mit der erwähnten Zentralstelle in Verbindung setzen und ihr die Flugschrift mitsamt dem zugehörigen Briefumschlag übermitteln.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Oktober beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 169 818,62 Mk., Gewerbesteuer 13 574,15 Mk., Wertzuwachssteuer 22 097,— Mk., Grundsteuer 198 037,79 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 10 807,72 Mk., Veräußerungsabgabe 82 747,25 Mk., Stempelabgabe 6 595,90 Mk., Vermögenssteuer 6 748,01 Mk., zusammen 510 421,44 Mk., gegen 336 782,85 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 173 638,59 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt 6 518 145,46 Mk. ein gegen 5 232 171,65 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme für 1918 beläuft sich demnach auf 1 285 974,21 Mk.

Die Lübecker Vereinsbrauerei a. G. u. h. H. hielt Donnerstag im Gewerkschaftshaus ihre diesjährige Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß es trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse gelungen ist, einen günstigen Geschäftsabschluß zu erzielen. Die Endziffern der Bilanz sind in Aktiva und Passiva 1 448 735,28 Mk. Das Gewinn- und Verlustkonto schließt mit 363 233,75 Mk. ab. Der Gewinn stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 90 459,40 Mk. Die Abschreibungen betragen 49 150,73 Mk., sodaß ein Reingewinn von 41 308,67 Mk. verbleibt. Es wurde beschlossen, diesen wie folgt zu verteilen: An den Spezialreservefonds, Eintrittsgeld 110 Mark, 10 Proz. an den Reservefonds 3682,58 Mk., 75 Pfg pro Hektoliter Rabatt an die Genossenschafter 4000 Mk., 6 Prozent Dividende auf 248 386,28 Mk. 14 903,17 Mk., Rücklagen: Kriegssteuerreserve-Konto 7000 Mk., Uebergangskonto zur Friedenswirtschaft 7000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 4612,97 Mk. Einstimmig wiedergewählt wurden die Aufsichtsratsmitglieder J. H. Wulff, P. Pape und L. Paetau sowie das Vorstandsmitglied Joh. Wulf.

Alte und neue Zweipfennigmarken. Eine Briefmarke zu 2 Pfennig, wie sie jetzt wieder ausgegeben wird, hat es in den Jahren 1905—1911 gegeben. Es ist aber trotzdem nicht dieselbe Marke wie damals. Sie war in grauer Farbe gedruckt und hatte einen getönten Hintergrund wie alle älteren Wertzeichen. Die neue Zweipfennigmarke hatte eine etwas hellere und ein wenig ins braune spielende Farbe. Sie hat auch wie die anderen neuen Marken einen weißen Hintergrund. Trotzdem ist das Wertzeichen schon mehr als zwei Jahre alt, da es schon im Frühjahr 1916 hergestellt worden ist. Die Regierung hatte bekanntlich damals zum ersten Male die Einführung einer Reichsabgabe mit den Postgebühren vorgesehen. Der Reichstag aber beschloß den Satz von 7½ Pfennig, so daß zur Ergänzung älterer Wertzeichen eine 2½ Pfennigmarke notwendig wurde. Diese konnte auch in kurzer Zeit hergestellt werden und rechtzeitig noch vor dem 1. August ausgegeben werden. Bayern begnügte sich damit, seine fertigen Zweipfennigmarken zu überdrucken.

Stanislaus Fuchs, der frühere Leiter des Lübecker Stadttheaters und des Stadthallen-Sommertheaters, der seit Mitte September dieses Jahres die Direktion des Deutschen Theaters in Riga führt, hat nach nur zweimonatiger Amtsdauer diesen Posten niedergelegt. Gesundheitsrücksichten und wohl auch die politischen Ereignisse, die gerade für die zukünftige Gestaltung der russisch-baltischen Länder sehr bedeutungsvoll zu werden scheinen, haben ihn dazu veranlaßt. Von der Rigaer Presse werden die Verdienste Fuchs' warm anerkannt. Oberregisseur Schweisguth und Geschäftsführer Kressin, die beide in Lübeck wirkten, sind die provisorischen Nachfolger von Stanislaus Fuchs.

Ausstellung Lübecker Künstler. Die Overbeck-Gesellschaft hat heute in ihren Räumen im Hause Königstraße 9 als 6. Ausstellung eine solche der Lübecker Künstler eröffnet. Die Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Kunst unserer Zeit in Lübeck den Boden zu bereiten, hat den in Lübeck ansässigen und hier geborenen Künstlern für die Zeit bis Ende Dezember ihre Räume zur Verfügung gestellt. Eine von den Künstlern selbst gewählte Jury hat von den sehr zahlreichen eingelieferten Arbeiten die besten ausgewählt: Ueber siebzig Gemälde, zehn plastische Bildwerke und zahlreiche Zeichnungen und Radierungen. So wendet sich die Lübecker Künstlerschaft, die hier zum erstenmal geschlossen auftritt, an das Publikum und hofft auf verständnisvolle Aufnahme. — Ein Rundgang durch die Ausstellung zeigte heute dem geladenen Publikum, daß die dort vertretenen Lübecker Künstler Anspruch auf ernste Beachtung haben, denn ihre Leistungen stehen durchweg auf einer sehr erfreulichen Höhe.

* **Ihre Logiswirte bestohlen.** Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Truerlundholz, Kreis Flensburg, die sich bei einer in der Marlistraße wohnhaften Familie einquartiert und die Gelegenheit benutzt hatte, ihren Logiswirten einen Herrenpaletot und eine Tischdecke zu stehlen. Auch um 118 Mk. hat sie ihre Logiswirtin betrogen, wofür sie angeblich verschiedene Lebensmittel besorgen wollte, wozu sie aber keineswegs in der Lage war.

***Diebstahl.** Aus einem Anhängewagen der Linie 12 ist auf dem Markte ein Paket mit folgenden Gegenständen gestohlen worden: 1 Dutzend Glasteller, eine Butterglocke, eine Käseglocke, 1 Salz- und Pfeffernapf, Haarbesen, Scheuerbesen, Schuh- und Kleiderbürste und mehrere Dosen Schuhkreme. In dem Verdacht, das Paket gestohlen zu haben, steht ein 14jähriger Knabe.

* **Entwendeter Koffer.** Aus dem Wagen-Abteil eines von Hamburg hier eingelaufenen Zuges wurde am Dienstag, dem 19. ds. Mts. ein brauner Segeltuchkoffer gestohlen, der außer einigen Kleidungsstücken einen Karton mit zahnärztlichen Instrumenten, bestehend aus 15 Dtz. Zahnbohrern, enthielt.

Provinz Lübeck. Oeffentliche Arbeitsnachweise. Mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates werden folgende öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet: Ahrensbök für die Gemeinden Ahrensbök, Stadt und Land, Gnissau, Siblin, Bleschendorf) Bauunternehmer Wittern, Arbeiter Friedrich Koop, Geschäftsführer Kaufmann H. Dose. Eutin (Stadt und Land Eutin, Sieel, Redingsdorf, Malente, Bosau, Neukirchen) Rentner Nuus-Eutin, Maurer Stender-Eutin. Schwartau (Rensefeld, West-Rateka, Ost-Rateka, Schwartau) Gastwirt W. Hilbrecht, Arbeiter Siebuhr. Stockelsdorf (Stockelsdorf, Obernsohlde, Kucau) Gastwirt Dose-Stockelsdorf, Arbeiter Jacobsen-Stockelsdorf.

Schönberg i. M. Eine starkbesuchte öffentliche Volksversammlung, einberufen vom Arbeiter- und Soldatenrat für das Land Ratzeburg, fand hier am Dienstag statt. Auch vom Lübecker und Neustrelitzer S.- und A.-Rat waren Vertreter erschienen. Zunächst hielt Staatsminister Genosse Schaffer ein Referat über die neue politische Lage in Mecklenburg-Strelitz, in dem er auch die Aufgaben des neuen Arbeitsamtes und das Wahlgesetz zur verfassunggebenden Versammlung erläuterte. Redner gab schließlich noch Richtlinien für die Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten. Für den Lübecker A.- und Soldatenrat sprach Genosse Haut. Dann wurden verschiedene Mißstände bei hiesigen Behörden zur Sprache gebracht. Der Vorsitzende Genosse Schmidt stellte nunmehr die Vertrauensfrage betr. Zusammensetzung des Arbeiterrates; sie wurde anstandslos gegeben. Weiter wurden die Forderungen des A.- und S.-Rats verlesen, die bereits von den Behörden angenommen wurden. Zwei neue Mitglieder wurden in den A.-Rat zur Ergänzung aufgenommen. In der Diskussion wurden weiter die Fragen der Einheitsschule, Zahlschulung usw angeschnitten. Kaufmann Saß fühlte den Mittelstand zurückgesetzt, darauf entgegnete Herr Soellbtand, wir wollen ein Stand sein, wollen keinen Klassengeist. — Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die heutige Versammlung erklärt sich bereit, die jetzige Regierung so lange zu unterstützen, bis die verfassunggebende Versammlung einberufen ist. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere neue Regierung, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, endete die Versammlung.

Hamburg. Wie Offiziere durchhielten, darüber gibt folgender dem „Hamb. Echo" vom Soldatenrat zugegangner Auszug aus den Büchern des Verpflegungsamtes Auskunft. Die Aufstellung zeigt, was ein Fortifikationsoffizier monatlich außer Fleisch- und Lebensmittelkarten bekam. Nämlich: 500 Gramm Kaffee 3,40 Mk., 2. 1000 Gramm Kaffeezusatz 2,— Mk., 3. 1000 Gramm Salz 0,20 Mk., 4. 100 Gramm Weizenmehl 0,40 Mark, 5. 1000 Gramm Zucker 0,84 Mk., 6. 500 Gramm Kartoffelmehl 0,40 Mk., 7. 500 Gramm Grütze 0,37 Mk., 8. 500 Gramm Graupen 0,37 Mk., 9. 1000 Gramm Erbsen 1,20 Mk., 10. 500 Gramm Makaroni 0,80 Mk., 11. 500 Gramm Buchweizen 0,47 Mk., 12. 500 Gramm Haferflocken 0,60 Mk., 13. 60 Gramm Tee 0,30 Mark, 14. 1000 Gramm Marmelade 2,50 Mk., 15. 1000 Gramm Kunsthonig 1,20 Mk., 16. 1180 Gramm Dauerwurst 8,02 Mk., 17. 1000 Gramm Käse 5,— Mk., 18. 600 Gramm Fett 3,18 Mk., 19. 10 Stück Heringe 5,— Mk., 20. 500 Gramm Kartoffelmehl 0,45 Mk., 21. 500 Gramm Speck 3,50 Mk., 22. 1000 Gramm Backpflaumen 1,80 Mk., 23. 520 Gramm Feigen 3,25 Mk., 24. 500 Gramm f. f. Wurst 2,10 Mk., 25. 500 Gramm Dosenfleisch 2,50 Mk., 26. 675 Gramm frische Wurst 2,10 Mk., 27. 510 Gramm frisches Fleisch 2,76 Mk., Summa 57,72 Mk., Aufschlag 5 Prozent = 2,89 Mk., Summa 60,61 Mk. So hat der Militarismus das Durchhalten der Offiziere gestärkt, während der einfache Soldat und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes Hungerpoten saugen mußte. Es sind Leckerbissen darunter, die Hunderttausende nur noch vom Hörensagen kennen, und zwar zu Preisen, die dem gewöhnlichen Sterblichen fremd sind. Auch diese Liste gehört zu dem System, dessen wahnsinnige Ueberspannung endlich den Zusammenbruch herbeiführte. — Das „Hamb. Echo" hat sich entschlossen, eine Montagsausgabe herauszugeben, es erscheint jetzt an allen sieben Tagen der Woche. — Auch Wandsbek will eingemeindet werden. Nachdem bereits von Altona die Eingemeindung in Hamburg angeregt ist, stellt sich nun auch Wandsbek auf den Standpunkt, daß die Eingemeindung in Hamburg erforderlich sei. In Hamburg geht die Stimmung dahin, daß nicht bloß diese beiden Städte, sondern auch weitere Vororte und besonders ausreichendes Landgebiet eingemeindet werden müsse, wobei von verschiedenen Seiten noch betont wird, daß Hamburg als selbständiger Staat bestehen bleiben müsse und daß die eingemeindeten Städte und Orte aus dem preußischen Staatsverbande auszuscheiden hätten. — Falsche Requisiteure. Das „Echo" berichtet: Trotz der wiederholten Bekanntmachung des A.- und S.-Rates, daß seine sämtlichen Beauftragten mit einem Ausweis versehen sind, den sie auf Verlangen vorzeigen müssen, kommt es noch täglich vor, daß Leuten, die sich als Abgesandte des A.- und S.-Rates ausgeben, unbesehen alles hingegeben wird. Und dies geschieht sogar bei der Polizeibehörde. So kamen dieser Tage zwei bewaffnete Marinesoldaten und mehrere Infanteristen in den Stall der Polizeibehörde in der Bundesstraße und ließen sich im angeblichen Auftrage des A.- und S.-Rates drei Pferde aushändigen. Zwei der erschwindelten Tiere verkauften sie sofort an einen Grünwarenhändler in Barmbeck und das dritte an einen Einwohner am Lokstedterweg. Jetzt ist es gelungen, drei der Beteiligten hinter Schloß und Riegel zu bringen. — Mittels Nachschlüssel öffneten unbekannte Diebe ein Lager in der Spitalerstraße und entwendeten daraus Zigarren verschiedener Marken im Werte von 38 000 Mk.

Kiel. Merkwürdige Beschlüsse. Der Berliner „Roten Fahne", dem Organ des Spartacusbundes, wird von hier unterm 20. November telegraphiert: Der große Kieler Arbeiter- und Soldatenrat faßte heute folgende grundlegende Beschlüsse: 1. Die politische Macht ruht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die Früchte der Revolution gesichert sind. 2. Alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz werden als Nationaleigentum erklärt. 3. Es ist Vorsorge zu treffen, daß alle Regierungsmaßnahmen nur auf die Sozialisierung hinarbeiten, und zwar im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten und daß hierbei die Bourgeoisie vollständig ausgeschaltet wird." Unser Kieler Parteiorgan hat bisher über diesen Beschluß, dessen Durchführbarkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als zweifelhaft ist und der auch mit Demokratie kaum zu vereinbaren wäre, nichts veröffentlicht.

Schleswig. Selbstbestimmungsrecht für Nordschleswig. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Kopenhagen: In einer Versammlung in Apenrade teilte der Abgeordnete Hansen mit, daß Staatssekretär Solf ihm geschrieben habe, die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß auch die nordschleswigsche Frage in Uebereinstimmung mit Wilsons Prinzipien gelöst werde. An einem der nächsten Tage werde durch den dänischen Gesandten in Berlin an die dänische Regierung das Ersuchen gerichtet werden, ob Dänemark Nordschleswig entgegennehmen würde, wenn der Landesteil bei der bevorstehenden Abstimmung, was nicht zu bezweifeln wäre, sich für die Wiedervereinigung mit Dänemark ausspreche. — In großen Scharen zogen am Dienstag in Apenrade die Dänen zum Versammlungshaus. Vom Balkon aus sprachen die dänischen Vertreter, vielfach von Hurrarufen und Zurufen aus der Menge begleitet, über die Vereinigung Nordschleswigs (südlich Pattburg bis zur Windau) mit Dänemark, die als ganz bestimmt betont wurde. Niemand brauche mehr daran zu zweifeln. Unter den Dänen herrschte große Begeisterung. Der deutsche Bürgerverein nahm eine Entschließung an, in welcher er betont, daß in allen Kreisstädten der Provinz eine gleichlautende Resolution betreffend die Ungeteiltheit der Provinz Schleswig-Holstein zur Weitergabe an die zuständigen Stellen gefaßt werden müsse.

Schwerin. Einheitliche Regelung des kommunalen Wahlrechts. Das Ministerium des Innern hat an die Magistrate in Mecklenburg-Schwerin ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ueber eine einheitliche Neuordnung der Wahlen zu den Bürgervertretungen in den Städten nach den Grundsätzen des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts und nach dem Verhältniswahlsystem wird der konstituierende Landtag beschließen. Es soll insbesondere bestimmt werden, daß das Wahlrecht allen mindestens 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts gewährt wird. Wahlen zu den Bürgervertretungen nach den jetzigen Vorschriften haben nicht mehr stattzufinden. Nach den bisherigen Bestimmungen wegen Ablaufs der Amtszeit ausscheidende Mitglieder der Bürgervertretungen bleiben bis auf weiteres im Amte."

Rüstringen. Das „Norddeutsche Volksblatt" in Rüstringen ist Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte Oldenburgs und Ostfrieslands geworden. Es hat seinen Titel geändert in „Republik-Norddeutsches Volksblatt-Oldenburger Volksblatt". Bisher hatte der Arbeiter- und Soldatenrat in Wilhelmshaven-Rüstringen zum Publikationsorgan das während des Krieges gegründete Soldatenblatt „Auf Vorposten" und hatte diesem den Titel „Republik" gegeben. Es erschienen daher in dem Bezirk zwei sozialdemokratische Blätter, die nunmehr verschmolzen sind. Die Auflage der „Republik-Norddeutsches Volksblatt" ist auf über 25 000 gestiegen.

Wilhelmshaven. Der erste größere Friedensauftrag der Reichsregierung. Die preußische Stadt Wilhelmshaven mit dem Reichskriegshafen an der Nordsee liegt inmitten oldenburgischen Gebietes. Das Gelände, auf dem die Stadt erstand, wurde in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vom Herzogtum Oldenburg für eine Million Mark Entschädigung an Preußen abgetreten. In den letzten Jahrzehnten besonders aber in den Kriegsjahren, dehnten sich die Reichswerft- und Marineanlagen bis weit auf das Oldenburger Gebiet aus. Die Torpedo- und Unterseebootswerft liegt ganz auf dem Gebiete der angrenzenden oldenburgischen Stadt Rüstringen, die im Jahre 1911 durch Zusammenlegung der Gemeinden Bant, Heppens und Neuende gegründet wurde. Beide Jadestädte, die eine wirtschaftliche Einheit bilden und deren Vereinigung jetzt mit aller Macht angestrebt wird, haben insgesamt 110 000 Einwohner. Etwa 84 Prozent dieser Bevölkerung waren bisher wirtschaftlich unmittelbar von der Reichsmarine und der Reichswerft abhängig; nur etwa 16 Prozent fanden in bürgerlichen Berufen ihre Existenzmöglichkeit. Da nun jetzt der Kriegsschiffbau mindestens vorläufig, wenn nicht dauernd ruht, muß für die starke Bevölkerung der beiden Hafenstädte anderweitige Beschäftigung gefunden werden, sollen die blühenden Gemeinwesen nicht dem Ruin entgegengeführt werden. Die neue Reichsregierung hat daher sofort den Bau von 28 Fischdampfern bezw. Handelsschiffen bei der Reichswerft Wilhelmshaven in Auftrag gegeben.

Bremen. Gegen die Nationalversammlung hat sich in einer Versammlung am Dienstag der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat ausgesprochen. Nach einer Rede Henkes und einer ausgiebigen Debatte in der für und gegen die gesetzgebende Versammlung gesprochen wurde, gelangte nachfolgende Resolution Henke mit 116 gegen 23 Stimmen zur Annahme: „Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erblickt in der Einberufung einer Nationalversammlung nicht eine Befestigung, Vertiefung und Ausbreitung der Revolution, deren Ziel die sozialistische Republik ist, sondern ein gefährliches Hindernis für sie. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich deshalb gegen die Einberufung einer Nationalversammlung, er fordert dagegen die Einberufung einer Vollversammlung von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte." Mit 68 gegen 49 Stimmen wurde noch in später Stunde ein Antrag angenommen, daß die Linksradikalen und die Unabhängigen je sechs Delegierte in den Arbeiterrat delegieren können. Zur Begründung berief man sich darauf, daß die „Rechtssozialisten" ebenfalls sechs Vertreter im genannten Ausschusse haben. In der Debatte wurde die Mitteilung gemacht, daß auf kommenden Sonntag hierher nach Bremen eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte Nordwestdeutschlands einberufen sei. Zweck der Veranstaltung sei: fester Zusammenschluß und Bildung eines eigenen Verwaltungskörpers. Sichtlich geht auch das gegen die Reichsregierung. Es wäre aber auch für die Arbeiter von großem Nachteile, wenn die weitere Entwickelung den Einheitsstaat Deutschland vernichtete und der Kantönligeist siegen sollte. Denn die nationale Wirtschaft, an deren Gedeihen die Arbeiter ebenfalls im höchsten Grade interessiert sind, erlitte dadurch den schwersten Schaden.

Wirtschaftliches.

Entschädigung der wegen Kohlenmangels Feiernden.

Seit Abschluß des Waffenstillstandes entfällt die Voraussetzung, unter der Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie als „kriegswichtig" zu gelten hatten. Damit ist auch dem Fortbestehen der Verordnung, wonach Arbeiter jener Betriebe, die infolge Kohlenmangels feiern müssen, aus Reichsmitteln entschädigt werden, der Boden entzogen. Trotzdem soll die Entschädigung Arbeitern solcher Betriebe, die die Arbeit wegen Kohlenmangels vor dem 12. November 1918 eingestellt oder beschränkt haben, bis zum 25. November 1918 fortgewährt werden. Die neugeschaffene Erwerbslosenfürsorge sieht aber ausdrücklich eine besondere Regelung der Unterstützung von Arbeitern vor, die infolge vorübergehender Betriebseinstellungen oder -einschränkungen Lohnausfall erleiden.

Aus Nah und Fern.

Vier Knaben durch die Explosion eines Flugzeuges getötet. Auf dem Fluggelände des Truppenübungsplatzes Griesheim a. M. explodierte ein Flugzeug, wobei durch die umherfliegenden Stücke vier Knaben getötet wurden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Entlassene!! Reklamierte!!

Zur Arbeit Beurlaubte!!

Vergeßt nicht Eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freiheitliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterschaft und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!!

Melde Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibureau, Johannisstraße 50, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Männer-, Frauen- und Kinderstrümpfen.

Bei dem durch die Bekanntmachung vom 4. November 1918 angekündigten Verkauf von Männer-, Frauen- und Kinderstrümpfen ist nur ein Teil der verfügbaren Strümpfe abgefordert worden, der Rest wird vom Montag, dem 25. November 1918 ab verkauft werden und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Käufer oder die Käuferin körperliche Arbeit verrichtet und ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens.

Die Strümpfe werden nur gegen Bezugsschein abgegeben, dem ein besonderer Bezugsausweis beigefügt ist. Die Bezugsscheine können schon vor dem 25. November gelöst werden.

Lübeck, den 21. November 1918. (5873

Das Polizeiamt.

Der Verkauf findet in den nachgenannten Geschäften statt:

Otto Albers, Kohlmarkt 10.
Karl Bössel, Hüxstraße 31.
Christian Bössel, Wahmstr. 36.
Gustav Christens, Dornestr. 8.
Luise Cohn, Kettwigstraße 37.
Ernst Diedrichs, Brockesstr. 25
L. Duve, Gr. Burgstraße 32.
Ehlers & Reetwisch, Holstenstr. 1.
H. Fiedler, Meierstraße 25.
B. Geisselbrecht, Friedenstr. 83
August Haerder & Co., Sandstraße 1—5
Heick & Schmaltz, G. m. b. H., Sandstraße 11.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Johannes Holst, Kohlmarkt 4.
Holstenhaus, G. m. b. H., Holstenstraße 25—33.
Elise Jürs, Morkerkestr. 9.
Dora Kirsch, Bülowstraße 10.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenst. 7.
Konsumverein, Königstraße 111.
Rudolf Karstadt, Breitestraße.
Johannes Lau, Ratzeburger Allee 40.
Markmann & Meyer, Breitestraße 44.
Albert Meincke, Königstr. 108.
Albert Meincke, Beckergrube 36
Albert Meincke, Adlerstraße 34.
J. W. Niset, Königstraße 129.
Clara Oelrich, Breitestraße 61a.
J. H. Pein, Markt 12.
Georg Petersen, Hüxstraße 19.
Auguste Pries, Wickedestr. 52.
Gustav Rehwoldt & Co., Gr. Burgstraße 30.
Hartwig Rummel, Mühlenst. 28
Otto Sünnenwold, Lindenstr. 39
Otto Schlichting, Warendorpstraße 19.
Spille & v. Lühmann, Sandstraße 17—19.
Hans Struve, Königstr. 89.
Gebr. Vandsburger, Holstenstraße 10.
Max Wischendorf, Hüxstraße 89.
Carl Zegelin, Johannisstr. 11.
H. Buniert, Musse. [münde
Wilhelm Friedrichsen, Trave-
Meincke & Jaacks, Travemünde.
Paul Halupka, Kücknitz.
Max Kankel, Schlutup.
Jürgen Ramm, Schlutup.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Die Petroleumhändler haben sämtliche entgegengenommenen Kartenabschnitte nach Farbe und Nummern getrennt bis spätestens zum 25. November 1918 bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Schmiedestraße 25, einzureichen und dabei zu melden, wieviel Petroleum noch in ihrem Besitz ist.

Lübeck, den 21. November 1918. 5870

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 23. bis zum 30. November 1918 wird auf den Abschnitt 1 der Zwiebackkarte für Personen über 65 Jahre

½ Pfund Zwieback

abgegeben und zwar werden die Karten in folgenden Geschäften eingelöst:

Zwiebackkarte Nr. 1—2000 **Fa. Schwartzkopf**, Sandstraße 25
" " 2001—4000 **Peter Lonse**, Holstenstraße 39
" " 4201—5600 **Heinr. Möller**, Sandstr. 15
" " 4001—4200 **C. W. Sahn Wwe.**, Schlutup
" " 5601—5800 **Carl Schnoor**, Travemünde.

Lübeck, den 21. November 1918. (5868

Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Aepfeln.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt die Städt. Obst- und Gemüsestelle hierdurch:

Von jeder Person, welche im Besitze eines Lebensmittelbuches oder einer Lebensmittelkarte ist, **und welche keine Aepfel im Besitz hat**, kann von Montag, dem 25 November ab

¾ Pfund Aepfel zum Preise von 65 Pfg. für das Pfund

gegen Marke Nr. 102 der Warenkarte bei allen von der Städt Obst- und Gemüsestelle belieferten Gemüsehandlungen und allen Warenabgabestellen des Konsumvereins entnommen werden.

Bei den Firmen Ludwig Erdmann, Fleischhauerstraße 7 und Rudolf Vollert, Semiramis-Gärtnerei, Gertnerstr. 6, stehen einige kleinere Posten von **Edelobst** zu den von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle **festgesetzten Preisen** zum Verkauf, die Abgabe erfolgt ebenfalls gegen Marke Nr. 102 der Warenkarte und zu den oben angegebenen Bedingungen.

Mit dem 30. November verliert die Marke Nr. 102 ihre Gültigkeit. Die Kleinhändler haben die Marken auf Klebebogen aufgeklebt bei denjenigen Großhändlern abzuliefern, welche ihnen die Aepfel geliefert haben.

Zuwiderhandlungen werden gemäß den bestehenden Vorschriften bestraft.

Lübeck, den 21. November 1918. (5898

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Bekanntmachung.

Anonyme Zuschriften, die in der Hauptsache falsche Anschuldigungen enthalten, gehen jetzt zahlreich beim Arbeiter- und Soldatenrat ein. Das Publikum wird dringend ersucht, vor Erstattung solcher Anzeigen die Richtigkeit der Angaben genau zu prüfen, da sonst den Anzeigenden unter Umständen recht erhebliche Schwierigkeiten entstehen. Auch ist es vor allem erforderlich, daß jeder, der Veranlassung zu haben glaubt, Mißstände und Ungesetzlichkeiten dem Arbeiter- und Soldatenrat mitzuteilen, nicht anonym solche Eingaben macht, sondern den Mut haben muß, diese mit seinem vollen Namen zu decken.

Eutin, den 20. November 1918. 5889

Der Arbeiter- und Soldatenrat, Eutin.

Lerelhohn. Peters.
R. Fick. Jürgensen.

SCHUHREPARATUR-WERKZEUG
sowie Ersatzteile jeder Art empfiehlt
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung.
5903

Weißkohl
per Zentner **7.— Mk.**
hat abzugeben
Ernst Franck,
Bad Schwartau. (5885

Eutin, den 19. November 1918.

Nur disziplinierte Ruhe und Ordnung führt uns durch die jetzige schwere Zeit in den Friedenszustand zurück. In gewissenloser Weise werden häufig Gerüchte und Verdächtigungen, insbesondere gegen die Lebensmittelverteilungsstellen und -Personen, laut. Wir werden mit allen Mitteln nachgewiesene Unregelmäßigkeiten und Mißstände aufklären und beseitigen, mit aller Schärfe wird aber auch gegen jeden vorgegangen werden, der haltlose Gerüchte aufbringt oder verbreitet.

Der Arbeiter- und Soldatenrat der Provinz Lübeck.

R. Fick. Peters.
J. Ketelhohn. Jürgensen.
O. Hildebrandt. (5886

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief heute sanft unser lieber guter Vater, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager (5881

Heinrich Maack

im 38. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Liesa und Werner Maack.
Doris Maack geb. Bever.
Elisabeth Maack.
Albert Kock.
Willy Rocksien u. Frau geb. Werner.

Lübeck, den 20. November 1918.
Fischstraße 19.

Die Trauerfeier findet am Montag, 25. November, nachmittags 2½ Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Kücknitz.

Am Dienstag, dem 19. November, starb unser Mitglied, der Kollege

Erwin Hauber.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 23. November, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Kücknitzer Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich um 2 Uhr nachmittags in Fases Restaurant.

Die Orts- und Distriktsverwaltung. (5893

Am Dienstag, 19. Nov., verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Gichter

Erwin Hauber.

Er war uns allezeit ein treuer Mitarbeiter u. Kollege. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiterschaft des Hochofenwerks Lübeck.

Beerdigung Sonnabend, den 23., 2½ Uhr, von der kath. Kirche in Kücknitz aus.

Allen Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß unsere inniggeliebte Tochter, Schwester und Enkelin

Rose Schwarz

nach kurzer schwerer Krankheit gestern morgen sanft eingeschlafen ist.

In tiefer Trauer

Aug. Gatzke u. Frau
verw. **Schwarz u. Kinder.**

Lübeck, den 20. Nov. 1918.
Augustenstr. 6a.

Trauerfeier Montag 1¾ Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle. (5883

Zu sofort leerstehende Stube zu mieten gesucht. 5899
Angeb. u. **R 10** an d. Exped.

Eine Schiebtarre zu verkaufen. (5871
Ratzeburger Allee 44.

Am Dienstag, d. 19. d. M., abends starb in Bresahn nach längerer Krankheit meine liebe Frau und Großmutter

Maria Böttcher

geb. Groth.

Lübeck, den 20. Nov. 1918.
Brüderstraße 8a.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt (5866

Friedrich Böttcher
nebst Enkel u. Enkelinnen.

Trauerfeier am Sonnabend, dem 23. dis. Mts., vormittags 10¼ Uhr, in der Vorw. Friedhofskapelle.

Suche für meinen Sohn eine Lehrstelle in der Schäftestepperei.
Henning
5873) Wickedestr. 72.

Beifoldaten zu verkaufen.
5897 Reiferstr. Nr. 4 I.

Zu verkaufen ein Tüllkleid mit Unterkleid, Gaettisch, Blumentisch und Konzertzither.
5888) Friedenstraße 1, II.

Guttragende Stachelbeer- u. Himbeersträucher billig zu verk.
5867) Schützenstraße 20a.

1 eiserne Bettstelle mit Matratze zu verkaufen
5872) Glandorpstraße 13.

Guter bürgerl. **Mittagstisch** von Handw. gesucht. (5896
Angeb. u. **F 22** a. d. Exp.

Das Sparkassenbuch lautend auf den Namen **Theodor Fick** Stockelsdorf, ist abhanden gekommen. Wir ersuchen, falls jemand im Besitze desselben ist, es an uns oder dessen Eigentümer zurückzugeben, widrigenfalls es nach 6 Monaten für ungültig erklärt wird. 5894

Der Vorstand der Lübecker Gen.-Bäckerei e. G. m. b. H.

Carbid
Carbidlampen — Stallaternen in großer Auswahl.
Carbidbrenner, auch in größeren Mengen. (5882
Taschenlampen, Batterien Feuerzeuge, Brennstoff.
Wöltjen, Hüxstr. 121

Holzwolle
ab Lager empfiehlt
Nordische Verkehrs-Zentrale
Untertrave 109. (5887

Grosse Versteigerung neuer Waren.

Montag, den 25. November beginnend

und alle folgenden Tage morgens 10 Uhr werde

Breite Straße Nr. 53 (Firma Freyholz)

wegen Sterbefall und gänzlicher Aufgabe des Geschäfts

das noch vorhandene Lager in Galanterie-, Luxus-, Bijouterie-, Glas- und Porzellanwaren sowie Lampen verschiedener Art und anderes mehr,

ferner die gesamte Ladeneinrichtung, bestehend aus: Ladentischen, Reolen, Glasschränken sowie die gesamte Schaufenster-Einrichtung mit Spiegeln, Dekorationsscheiben und Glasplatten 2c.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

R. Bruhn,
vom Polizeiamt angestellter und beeidigter Versteigerer.
Kontor Fischstraße 36. Fernruf 977.
Besichtigung morgens 2 Stunden vor der Auktion. (5880

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher

Hausdiener, Kontorboten, Fensterputzer, Lagerarbeiter, Kohlenplatzarbeiter, Roll- und Blockwagenkutscher, Geschäftskutscher, Kohlenkutscher, sowie sonstiger Handelsarbeiter

am Sonntag, dem 24. November
vormittags 10 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. **Die Einführung des 8-Stundentages**
Referent: Kollege **J. Stelling.**
2. Diskussion.

Kolleginnen und Kollegen! Die neue Zeit erfordert es, daß auch wir derselben Rechnung tragen und einig und geschlossen unsere Ansprüche geltend machen. Deshalb erscheint alle in dieser Versammlung.

5900 **Der Vorstand.**

Meiner werten Kundschaft sowie einem verehrten Publikum zur Nachricht, daß ich meine (5865

Schuhmacherei, Am Brink 11b

wieder eröffnet habe und bitte ich, mich durch Aufträge unterstützen zu wollen.

Karl Obst.

Johs. Tollgreve, Goldschmied
Königstraße 92.
Moderne Schmucksachen
Trauringe
in verschiedenen Preislagen.
Gravierung gratis. (5876

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
5877

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Achtung Seeretz!

Parteiversammlung
am Sonnabend, 23. November
abends 7½ Uhr
im Vereinslokal (Frau Wendt).
5869) **Der Vorstand.**
J. A.: **Aug. Brandt.**

Gasthof am Kreuzweg
Seeretz.
Bringe allen Freunden und Bekannten mein Lokal in freundl. Erinnerung und halte es für Versammlungen, Bälle u. sonstige Festlichkeiten jeglicher Art bestens empfohlen. 5891
Jeden Sonnabend u. Sonntag:
Musikalische Unterhaltung.
Sonntag, den 1. Dezember
Familienkränzchen.
Hochachtungsvoll **Emil Gordts.**

Oeffentliches Preiskegeln
bei den Herren (5874
Brüggemann, Schwart. Allee 14a
und
Strahkar, Schwartauer Allee 92
(Polterkrug) vom
Sonntag, d. 1. Dezemb. 1918 b.
Sonntag, d. 8. Dezember 1918
täglich.
Jede der 4 Bahnen rechnet für sich mit **25 Geldpreisen ab.**
Beginn an den Sonntagen 4 Uhr, an den Wochentagen 6 Uhr.
Einsatz 50 Pfg. und 1.00 Mk.
Jedermann kann sich beteiligen und ist daher freundl. eingeladen.
Kegler-Verband Lübeck.

Hansa-Theater.
Sonnabend abends 7 Uhr
Die Csardasfürstin.
Sonntag 3 Uhr:
Schneewittchen.
Abends 7 Uhr: (5875
Sah ein Knab' ein Röslein stehn.
Singspiel aus Goethes Jugendzeit.
Montag: Die tolle Komteß.
Dienstag: Sah' ein Knab' ein Röslein stehn.

Stadttheater Lübeck.
Sonntag, 24. November 1918
vormittags 11 Uhr
2. Vortrag aus dem Zyklus: Das Verhältnis von Stoff und Darstellung der dramatischen Musik.
2. Folge:
Der Ring des Polykrates
unter Mitwirkung von Frau **Hilde Eberbach**, Frl. **Annemarie Gander**, Herren **Rogland, Pfeiffer** und **Ludewigs.**
Vortragender ist Herr Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Karten zu Mk. 1.— u. 50 Pfg. sind an der Theaterkasse zu haben. (5892

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 5890
Freitag, den 22. November
Tannhäuser.
8. Vorstellung im Freitag-Ab.
Anfang 7 Uhr.
Sonnabend, den 23. November
Rose von Stambul.
Sonntag, den 24. November
Vormittags 11 Uhr
Einführungs-Vorstellung
zu Ring des Polykrates.
Nachmittags 3 Uhr.
Das Extemporale.
2. Volksvorstellung.
Preise der Plätze 70 Pfg.
Die Verlosung findet Freitag und Sonnabend abend von 7½ bis 8½ Uhr an der Theaterkasse statt.
Abends 7 Uhr
Fidelio.